

Regierungserklärung:

Ministerpräsident entwirft den Weg des Landes in die Zukunft Europas

In seiner Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen hat Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) am 30. August von der großen Chance gesprochen, das Land in die Spitzengruppe der europäischen Regionen zu führen – „als einen Motor des Fortschritts, als Vorbild für erfolgreichen Wandel und als Maßstab für eine nachhaltige Gestaltung der Zukunft“. Dazu müsse man alle Kräfte zusammenbringen, alle Energien mobilisieren, jegliche Kreativität und Phantasie fördern und zugleich „alle Nüchternheit aufbringen, damit aus den fünf Jahren, die nun vor uns liegen, ein guter Einstieg in das neue Jahrtausend wird“. – Der Landtag wird in seiner Sitzung am 6. September über die Regierungserklärung debattieren.

Als wichtigstes Ziel der Landespolitik in den nächsten fünf Jahren nannte der Chef der rot-grünen Regierung die spürbare und dauerhafte Senkung der Arbeitslosigkeit. Es sei in diesem Zeitraum möglich, die Arbeitslosigkeit auf unter 500 000, also sechs Prozent, zu drücken; die Arbeitslosigkeit junger Menschen müsse in unserem Land „zu einem Fremdwort werden“. Auf dem Weg dahin könne ein zukunftsweisendes Leitbild „moderner Arbeit“ helfen, das international wettbewerbsfähig sei und den Beschäftigten zugleich humane Arbeitsbedingungen eröffne. Clement: „Wir werden Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Mittelstands- und Qualifizierungspolitik, Technologie-, Infrastruktur- und Umweltpolitik miteinander vernetzen.“

In der Wirtschaftspolitik werde man sich auf den Ausbau der vorhandenen Stärken konzentrieren, zugleich aber konsequent daran arbeiten, dass neue Produkte, Technologien und Dienstleistungen eine Chance erhielten. Dabei komme es auf die Menschen und ihre Fähigkeiten an, denn auch heute ließen sich Erfahrung, Mut, Ideen, Initiative und Verantwortung der Menschen nicht durch Technik ersetzen. Eine moderne Industriepolitik erhalte die industriellen Kerne im Lande „nicht aus Nostalgie, sondern als leistungs- und wettbewerbsfähige Bestandteile unserer Wirtschaft, die ihren gehörigen Teil zu Wachstum und Beschäftigung beitragen. Wie NRW das Handelsland Nummer 1 sei, müsse es Ziel des Regierungshandelns sein, dass Nordrhein-Westfalen das Energieland Nummer 1 in Deutschland bleibt. Die Braunkohle werde als wettbewerbsfähiger Energieträger für unser Land auch künftig eine bedeutende Rolle spielen.

Bei der Steinkohle forderte der Ministerpräsident die Brüsseler Kommission auf, eingegangene Verträge zu erfüllen. Nach 2005 sei eine Folgeregelung erforderlich, die dem deutschen Steinkohlebergbau eine Perspektive erhalte und weiterhin eine sozialverträgliche Gestaltung des unabänderlichen Umstrukturierungsprozesses gewährleiste. Clement warnte: Schon jetzt bewege

„Für den politischen DAX sind wir verantwortlich“

In seiner über zweistündigen Regierungserklärung hat Ministerpräsident Wolfgang Clement eine Fülle von Themen angesprochen und in Formulierungen dargestellt, die wir im Folgenden auszugsweise dokumentieren.

Regierungshandeln: „Am Anfang des 21. Jahrhunderts setzen wir auf den Neubeginn. Frei von Denkblockaden, mit Mut zur Führung und zur Verantwortung.“

Finanzen: „Die für die kommenden Generationen unverzichtbare Handlungsfähigkeit des partnerschaftlichen Staates können wir nur durch solide und nachhaltige Finanzen sichern.“

Sozialstaat und Ehrenamt: „Unser Leitbild ist daher die aktivierende Sozialpolitik. Wir setzen gerade hier auf ein lebendiges, beispielgebendes bürgerschaftliches Engagement. Nennen möchte ich vor allem die Träger der Freien Wohlfahrtspflege, die vielen ehrenamtlichen und freiwilligen Helferinnen und Helfer in Kirchen, Vereinen, Verbänden und Initiativen und viele Engagierte in vielen Selbsthilfegruppen. Bei all diesen Bürgerinnen und Bürgern will ich mich heute namens der Landesregierung für ihre Arbeit bedanken.“

Kommunen: „Die Städte und Gemeinden in unserem Land gehören zu den reformfreudigsten in der Bundesrepublik Deutschland. Das soll auch in Zukunft so bleiben.“

Sport: „Der Sport ist die größte Bürgerbewegung mit hunderten Tausenden Frauen und

Männern, die sich ehrenamtlich in zehntausenden von Sportvereinen für über fünf Millionen Mitglieder engagieren.“

Innere Sicherheit: „Gegen Jugend- und Gewaltkriminalität, Drogenhandel und Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität und Korruption gehen wir mit aller Konsequenz vor.“

Familie: „Der Staat kann die Erziehungsarbeit der Eltern nicht ersetzen. Aber er kann und muss für familienfreundliche Rahmenbedingungen sorgen. Die Erhöhung des Kindergeldes und die Steuerreform leisten dazu erhebliche Beiträge. Es geht aber auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ganztagsangebote zur Betreuung von Kindern spielen dabei eine zunehmend wichtige Rolle.“

Ältere Menschen: „Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen Modelle entwickeln, um den älteren Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes neue, nachberufliche Tätigkeitsfelder zu eröffnen und ihre Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement zur Geltung zu bringen.“

Frauen: „Unser Land kann es sich nicht leisten, auf die Innovationskraft, die Qualifikation und Kompetenz von Frauen zu verzichten. Wir wollen, dass gut ausgebildete und hoch motivierte Frauen auf den Arbeitsmärkten gleiche Chancen haben wie Männer.“

Börsengeschehen: „Der shareholder value ist aus sich heraus nicht wertorientiert. Für den politischen DAX sind wir verantwortlich. Und wir werden uns dann messen lassen, ob unsere Aktien noch hoch im Kurs stehen oder nicht.“



„Lassen Sie uns aus unserem Land nicht nur ein Vorbild für wirtschaftliche Innovation und technischen Wandel machen. Machen wir Nordrhein-Westfalen auch zu einem Vorbild für Weltoffenheit und Liberalität“ – Appell des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag. Foto: Schälte

sich die Deutsche Steinkohle AG bei ihrem Anpassungsprozess hart am Rande des Sozialverträglichen; jedes Mehr setze das aufs Spiel und mache betriebsbedingte Kündigungen der Beschäftigten erforderlich, die mit ihren Familien bereits Einkommensverzicht geleistet und eine hohe Flexibilität am Arbeitsplatz an den Tag gelegt hätten. Er freue sich, fuhr Clement fort, dass

der Bundeskanzler diese Auffassung teile. Der Ministerpräsident kündigte einen gemeinsamen Vorstoß mit der Bundesregierung in der EU an, der habe zum Ziel, dass die Mitgliedsländer künftig einen Versorgungssockel von zehn Prozent der nationalen Energieversorgung in eigener Verantwortung regeln könnten.

Zur Infrastruktur zwischen Rhein und Weser kündigte Clement an, das Land wolle mit einer integrierten Gesamtverkehrsplanung die Potenziale der verschiedenen Verkehrsinfrastrukturen und Verkehrsträger bündeln. „Verkehrsinvestitionen sichern und schaffen Arbeitsplätze“, betonte er. Darum müssten die Finanzmittel deutlich verstärkt werden, um die hochbelasteten Autobahnen auszubauen, wichtige Lückenschlüsse vorzunehmen, Ortsumgehungen müssten gebaut und Schienen- und Wasserstraßenprojekte realisiert werden. In diesem Zusammenhang kündigte er die private Vorfinanzierung von zwei Landesstraßenprojekten in Wuppertal und Plettenberg an. Der Regierungschef strich heraus, das Land investiere allein in diesem Jahr 1,55 Milliarden Mark in den öffentlichen Personennahverkehr; die Züge sollten künftig in schnellerer Taktfolge fahren, den Kunden sollten saubere und freundliche Bahnhöfe geboten werden, besonders wichtig seien auch zuverlässige und attraktive Fahrzeuge. Clement forderte alle Verkehrsträger und Verkehrsunternehmen zu einer umfassenden Kooperation auf. (Fortsetzung auf Seite 6)

CDU fordert Einsatz des Verfassungsschutzes bei Kriminalitätsbekämpfung

Koalition strikt gegen Aufhebung des Trennungsgebotes

Die CDU-Fraktion hat noch vor den Parlamentsferien in einem Antrag die Forderung erhoben, der Verfassungsschutz müsse in Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität mitwirken. Von den Koalitionsfraktionen und vom Innenminister wurde dieses Ansinnen strikt abgelehnt (Drs. 13/ 21).

Theodor Kruse (CDU) erklärte, im Koalitionsvertrag sei keine einzige gesetzgeberische Maßnahme im Sinne einer Verbesserung der Sicherheitsdefizite in NRW angekündigt. „Wir vermissen die klare Kampfansage an die Kriminalität.“ Das gelte auch für die zunehmend grenzüberschreitende und organisierte Kriminalität in NRW und in Deutschland insgesamt. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass man alle geeigneten Maßnahmen ergreifen müsse, um ein weiteres Vordringen des organisierten Verbrechens zu verhindern. So leiste in Bayern seit einigen Jahren der Verfassungsschutz mit Erfolg wirksame Unterstützung bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Unter Hinweis auf organisierte Kriminalität, die dauerhaft versuche, die Regeln der Marktwirtschaft auszuhebeln, sowie auf Drogenkartelle, meinte der CDU-Sprecher, hier sei eine klassische Aufgabenstellung für den Verfassungsschutz beschrieben.

Frank Baranowski (SPD) sagte, der ehemalige innenpolitische Sprecher der CDU-

Fraktion, Paus, habe bereits 1993 einen fast identischen Antrag von dieser Stelle aus begründet. „Was wir heute gehört haben, ist mit Verlaub gesagt, ein Aufwasch.“ Die CDU versuche schon wie vor sieben Jahren das von den Alliierten in einem Brief an den Parlamentarischen Rat auferlegte Trennungsgebot von Verfassungsschutz und Polizei auszuhebeln: „Was unsere Position hier angeht, sage ich unmissverständlich: Finger weg vom Trennungsgebot!“, betonte der Abgeordnete. Um nicht falsch verstanden zu werden, ergänzte er, es sei keine Frage, dass die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ständig intensiviert werden müsse.

NRW als Vorreiter

Monika Düker (GRÜNE) vertrat die Ansicht, das Zerrbild, das der Kollege von der CDU von „unserem gesellschaftlichen Zustand“ gezeichnet habe, finde sie recht abenteuerlich. Der Kollege Kruse habe wider besseres Wissen hier angebliche Sicherheitsdefizite aufgezeigt, obwohl er wisse, dass man in NRW sinkende Kriminalitätsraten habe, dass man die sichersten Großstädte in der Bundesrepublik habe, dass man die Aufklärungsraten erhöht habe. „Unsere Justiz und Verwaltung sehen Sie schon von mafiosen Strukturen durchdrungen und geradezu wegs auf italienische Verhältnisse zusteuer-

ern. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Es ist ein Zerrbild. Dem muss ausdrücklich widersprochen werden“, bekräftigte die Abgeordnete.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bezeichnete es als gut, wenn auch die CDU zur Kenntnis nähme, dass die Behandlungs- und Bekämpfungskonzepte der Polizei des Landes im Vergleich mit dem Bund und anderen Ländern richtungweisend seien und dass man mit den erzielten Erfolgen im Ländervergleich Spitzenwerte einnehme. NRW sei bereits 1990 Vorreiter bei der Erstellung des bundesweit ersten „Lagebildes organisierte Kriminalität“ gewesen. Bund und Länder hätten in den Folgejahren nachgezogen. Seit 1999 sei NRW bundesweit Vorreiter in der Erstellung eines so genannten „Gemeinsamen Lagebildes organisierte Kriminalität von Justiz und Polizei“. Mit einem solchen gemeinsamen Lagebild verfolge man im Wesentlichen drei Ziele. Man wolle zusätzliche Daten für die Erfolgskontrolle und die Weiterentwicklung der Bekämpfungskonzepte gegenüber der organisierten Kriminalität gewinnen, die Abstimmung der Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft durch die fortlaufende Bewertung von OK-relevanten Sachverhalten verbessern sowie Verwaltung, Politik und Bevölkerung qualifizierter als in der Vergangenheit, genauer und richtiger über die tatsächliche Entwicklung von organisierter Kriminalität informieren.

Weg des Landes ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen müsse an morgen gedacht werden. Ohne ökonomischen Strukturwandel sei der wirtschaftliche Strukturwandel nicht denkbar, führte der Ministerpräsident aus. Im Umweltschutz müsse von der Nachsorge stärker zur Vorsorge übergegangen werden, ein Schritt dahin sei der produktions- und produktintegrierte Umweltschutz: „Er treibt die ökologische Modernisierung durch neue Technologien und Methoden voran, er stärkt unseren Wirtschaftsstandort.“ Der Tierschutz müsse in der Verfassung verankert werden; der Wunsch der Verbraucher nach hoher Qualität und gesundheitlich unbedenklichen Produkten habe höchsten Stellenwert, ihm sei am ehesten mit umweltfreundlich, tierschutzgerecht und regional erzeugten Lebensmitteln Rechnung zu tragen; das sei auch ein Beitrag zum Erhalt attraktiver, lebenswerter ländlicher Räume und zu einer ökologisch und ökonomisch stabilen Land- und Forstwirtschaft.

Breiten Raum nahmen in der Regierungserklärung die Themen Bildung und Ausbildung, Kultur und Gestaltung des Lebensumfelds der im Lande lebenden Bürgerinnen und Bürger ein. Die großen Herausforderungen der Wissenschaftsgesellschaft gäben keine andere Wahl, als das ausgebaut und leistungsfähige Bildungssystem im Lande „noch effizienter, effektiver, besser zu machen“. Da werde man Neues wagen, etwa solle das Abitur nach zwölf Jahren ab-

gelegt werden können und „besonders begabte Schülerinnen und Schüler sollen mit vielfältigen Angeboten und Initiativen angesprochen werden“. Schon in der Grundschule solle mit Englisch begonnen werden. Europa und die Welt müssten noch stärker in den Hochschulen Eingang finden. „Wir werden mehr Public-Private-Partnership auch in Bildung und Wissenschaft möglich machen“, kündigte Clement an.

Auch in der Kultur werde man NRW europaweit auf eine eigene, ganz unverwechselbare Art profilieren, fuhr er fort. Nach dem Koalitionsvertrag werde ein neues Programm für den Museumsbau aufgelegt. Die Stiftung Kunst und Kultur werde besser ausgestattet, „damit sie beim Anregen und Fördern auch wirklich neue Wege gehen kann“. Wie in anderen Bereichen sei man beim Ausbau der kulturellen Angebote auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen. Clement: „Wir brauchen mehr Mäzene, Stifter und Sponsoren.“

Mit einer Initiative zur Verbesserung der Baukultur in NRW wolle man der Tatsache entsprechen, dass für die Stadt der Zukunft Ästhetik und Architektur immer wichtiger werden. Dabei gehe vieles besser, wenn öffentliche und private Hände zusammenarbeiteten, unterstrich der Regierungschef, der auch den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung ihres Lebensumfelds einräumen will: Man werde neue Verfahren der Bürgerbeteiligung erproben.

Für eine lebenswerte Zukunft könne nur eine solide Finanzpolitik die Grundlage schaf-

fen; an der grundlegenden Konsolidierung des Haushalts führe kein Weg vorbei, betonte der Sprecher. Dass der rot-grünen Koalition damit Ernst sei, beleuchte der Umstand, dass alle in der Koalitionsvereinbarung beschlossenen Maßnahmen und Programme unter einen generellen Finanzierungsvorbehalt gestellt seien. Im Übrigen sei es der Wille der Partner, die Nettoneuverschuldung bis zum Ende der Legislaturperiode von jetzt rund sieben auf unter fünf Milliarden Mark herunter zu bringen – und das bei der Aussicht, dass dem Land allein im nächsten Jahr durch die „von uns gewollte“ Steuerreform 5,5 Milliarden Mark an Steuereinnahmen entgingen.

Geld aber sei weder das einzige noch das wichtigste Instrument der Politik, gab Clement zu bedenken, die Politik müsse sich im 21. Jahrhundert an anderen Maßstäben messen lassen. Bisherige Leistungen in staatlicher Verantwortung müssten überdacht werden, ob sie weiterhin erbracht werden können. Die Eigenverantwortung des Einzelnen müsse gestärkt werden. In Zeiten geringer öffentlicher Ressourcen müsse es erlaubt sein, über privatrechtliche Bau- und Betreibergesellschaften für öffentliche Aufgaben nachzudenken. Aber man werde, betonte Clement, bei allem „lean management“ darauf achten, dass der Staat nicht „magersüchtig“ wird. „Wir werden nicht die am Rande des Weges zurücklassen, die nicht genug Kraft haben. Wir werden alle, auch die, die berechtigte Furcht vor Veränderungen haben, mitzunehmen versuchen“, versprach Clement.

